

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zwickauer-Lassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 727

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Mähe und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennerdors, Krippen, Richtenhain, Mitteldorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtswitz, Schmiltz, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele Verantwortlich: R. Rohrlapp

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gepaltene 35 mm breite Beitzelle 20 Pfg. für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streit, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 209 Bad Schandau, Mittwoch, den 7. September 1927 71. Jahrgang

Rheinlanddrängung und Ostlocarno

Wichtige Vorbereitungen in Genf.

Der polnische Nichtangriffspakt. Die Arbeiten der Völkerbundversammlung in Genf kommen nur langsam vorwärts. Nach Vornahme der Wahlen zum Präsidialbureau, dem auch Dr. Stresemann angehört, haben die sechs Ausschüsse der Völkerbundversammlung, in denen je ein deutscher Vertreter sitzt, ihre Tätigkeit aufgenommen. Das Hauptinteresse dürfte sich auf die Arbeit des Abrüstungsausschusses konzentrieren, in dem der Vorsitzende, der tschechische Außenminister Benesch, ankündigte, daß er neben der zurzeit allein auf der Tagesordnung stehenden Frage einer Verschleppung des Rates zusammen tritt im Falle von Krisen alle im Zusammenhang mit dem Abrüstungsproblem stehenden Fragen der Gesamttagungsordnung einbeziehen werde.

Diesen Abrüstungsfragen galt den Besprechungen, die der deutsche Außenminister mit Chamberlain am Dienstag hatte. Wie es heißt, wird in englischen und in französischen Kreisen der Versuch gemacht, auf Deutschland dahin einzuwirken, von einem scharfen Vorgehen in der Abrüstungsfrage wie auch in der Frage der Rheinlanddrängung abzuweichen. Zudem besteht in weiten Kreisen der Völkerbundmitglieder wegen der Verschleppung der Abrüstungsfrage eine starke Verstimmung, die auch in der Vollziehung der Völkerbundversammlung zum Ausdruck kommen wird.

Eine weitere wichtige Unterredung hat zwischen Chamberlain und Briand stattgefunden, in der das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich sowie die Aktion der polnischen Regierung zur Herbeiführung eines Nichtangriffspaktes zur Sprache kamen. Der Habasvertreter in Genf berichtet hierzu, daß Polens Vorschläge in ihren Grundzügen darauf abzielten, die Sicherheit der Mitgliebsstaaten des Völkerbundes zu erhöhen und den

Frieden besonders in Osteuropa sicherzustellen. Es sei durchaus wahrscheinlich, daß der polnische Plan innerhalb weniger Tage eine konkrete Form annehmen werde, damit er an den politischen Ausschuss des Völkerbundes verwiesen werden könne. Dr. Stresemann wird sicher nicht verschelen, Deutschlands ablehnenden Standpunkt zu den polnischen Plänen klar und deutlich zum Ausdruck zu bringen.

Chamberlain gegen die polnischen Vorschläge.

Genf, 6. September. Der englische Außenminister Chamberlain empfing heute nachmittag einige Vertreter der englischen Presse. Chamberlain erklärte diesen, daß die englische Delegation die Kandidatur Kanadas unterstützen werde.

Zu den polnischen Vorschlägen erklärte Chamberlain, es müsse der polnischen Regierung dringend empfohlen werden, die Sicherungen, die sie bereits erhalten hätte, nicht durch Maßnahmen zu unterwerfen. Eine Aktion der polnischen Regierung zur Einleitung einer Diskussion über den Abschluß eines Sicherheitsvertrages könnte lediglich den Eindruck erwecken, als ob die Polen die bereits für Polen geschaffenen Sicherungen nicht als genügend erachteten. Hierdurch würden diese zweifellos eine Entwertung erfahren. England könne nicht einsehen, was mit den polnischen Vorschlägen gewonnen werden könne. Es existieren schon die Garantien des Völkerbundespaktes, es existieren weiter die westlichen und östlichen Locarno-Verträge, die die Friedensgarantien noch verstärken. Mehr sei nicht nötig. Wenn einzelne Redner das Bedürfnis hätten, in der Vollversammlung Friedensfragen zu drehen, so bleibe ihnen das unbenommen, aber England sei für eine Wiederbelebung des Genfer Protokolls und für neue Dinge nicht zu haben.

Allgemein ist der außerordentlich gereizte Ton aufgefallen, in dem der englische Außenminister seine Erklärungen abgegeben hat.

Holländischer Vorstoß in der Abrüstungsfrage

Genf, 6. September. In der heutigen Nachmittagsitzung der Vollversammlung des Völkerbundes begann die allgemeine Aussprache über den Bericht des Völkerbundesrates und des Generalsekretärs. Hierbei brachte der holländische Außenminister einen Zwischenentwurf ein, der die Grundzüge des Genfer Protokolls von 1924 neu aufleben läßt.

In der Entschleppung heißt es: Die Völkerbundversammlung sei zu der Überzeugung gelangt, daß, ohne allerdings eine Diskussion über das Genfer Protokoll von 1924 wieder aufnehmen zu wollen, es dennoch wünschenswert sei, in eine erneute Prüfung der Grundzüge des Genfer Protokolls zu treten. Die Vollversammlung des Völkerbundes beschließt, die Prüfung der Prinzipien des Protokolls von 1924 sowie die Schlussfolgerungen des Berichtes der vorbereitenden Abrüstungskommission den zuständigen Kommissionen der Vollversammlung zur Stellungnahme zu überweisen.

Der holländische Außenminister begründete in längerer Ausführungen seinen der Vollversammlung vorgelegten Resolutionsentwurf. Er wies darauf hin, daß die Abrüstungsarbeiten des Völkerbundes bisher zu keinem Erfolg geführt hätten. Die Ursache hierfür liege in der immer noch nicht durchgeführten moralischen Entwaffnung und in der Ablehnung der Grundzüge des Genfer Protokolls. Der Geist dieses Protokolls sei jedoch nicht tot, und es wäre jetzt der Zeitpunkt gekommen, seine Grundzüge auf ihren wahren Wert von neuem zu prüfen. Die Abrüstung sei der erste Schritt und die Voraussetzung für die allgemeine Sicherheit. Jede Regierung müsse sich dessen bewußt sein, welche Verantwortung sie auf sich nehme, wenn sie die Durchführung des Abrüstungsgebantens ablehne.

In seiner großangelegten und von der gesamten Versammlung mit Spannung verfolgten Rede wandte sich der holländische Außenminister Belants van Blokland zuerst gegen den Antrag der englischen Regierung auf Herabsetzung der Zahl der Rats-tagungen von vier auf drei, da hierdurch die Autorität des Völkerbundes gefährdet werden würde. Der Rat müsse als eine Art Gewissen des internationalen Friedens aufgefaßt werden. Um diese Aufgabe zu erfüllen, müsse er in regelmäßigen Abständen zusammentreten. Die öffentliche Meinung würde die Herabsetzung der Zahl der Rats-tagungen als eine Einbuße des Prestiges des Völkerbundes empfinden. Die Grundaufgabe des Völkerbundes sei die Lösung der Abrüstungsfrage. Die tiefe Enttäuschung, die die öffentliche Meinung in der Welt angesichts des Mißerfolges in den bisherigen Abrüstungsverhandlungen des Völkerbundes empfinde, sei auf die Ablehnung des Grundzuges des Genfer Protokolls zurückzuführen. Die Leit-sätze des Protokolls seien: Schiedsgericht, Sicherheit und Abrüstung. Dieses Programm sei bisher nicht durchgeführt worden. Die Erklärungen des holländischen Außenministers wurden von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. Ledig-

lich die englische Delegation nahm an der allgemeinen Beifalls-umgebung nicht teil. Nach der Rede des holländischen Außenministers wurde die Sitzung geschlossen.

Komplizierung der Lage.

Genf, 6. September. Heute nachmittag hat eine Zusammenkunft zwischen Chamberlain, Briand, Benesch und Solal stattgefunden, an der Benesch als Vorsitzender der Abrüstungskommission der Vollversammlung teilnahm. In dieser Unterredung sind die bekannten polnischen Vorschläge eingehend erörtert worden. Für heute abend ist eine Unterredung zwischen Chamberlain, Briand und Stresemann vorgeesehen, auf der die Erörterung über diese Frage fortgesetzt werden soll.

Der heute nachmittag in der Vollversammlung eingebrachte holländische Antrag, der eine Wiederannahme der Grundzüge des Genfer Protokolls vom Jahre 1924 vorseht, bedeutet in der gegenwärtigen Situation eine Unterstützung der polnischen Absichten. Die Tendenz des holländischen Antrages, der allgemein größtes Aufsehen erregt hat, läuft darauf hinaus, durch Wiederaufrollung der Gedankengänge des Genfer Protokolls den gesamten Komplex des Schiedsgerichtsgebantens sowie der Abrüstungs- und der Sicherheitsfrage wieder in die allgemeine Diskussion zu werfen. Er bedeutet somit eine wenn auch nicht beachtliche tatsächliche Unterstützung der polnischen Absichten, dem Gedanken der allgemeinen Sicherheit und im Zusammenhang damit den Ausbau von Sicherheitsverträgen in den Vordergrund zu rücken.

Der holländische Antrag hat jedenfalls eine neue Situation in Genf herbeigeführt. Die Lage hat dadurch eine ernste Komplizierung erfahren. Die englische Delegation macht aus ihrer ablehnenden Haltung gegenüber den konform laufenden holländisch-polnischen Aktionen kein Geheul. Die Erklärung, die Chamberlain heute englischen Pressevertretern gegenüber abgegeben hat, mußte, so wird in englischen Kreisen festgestellt, als eine bindende und eindeutige Stellungnahme der englischen Regierung aufgefaßt werden. England lehne grundsätzlich die Wiederaufrollung der Gedankengänge des Genfer Protokolls von 1924 ab.

Starke Widerstände erwartet.

Genf, 6. September. Zu dem heute völlig unerwartet gekommenen Antrag des holländischen Außenministers bezüglich des Genfer Protokolls von 1924 wird von bestinformierter Seite mitgeteilt, daß die Einbringung dieser Resolution ohne Verständigung mit den übrigen Mächten erfolgt ist.

Es wird allgemein damit gerechnet, daß der holländische Antrag auf starken Widerstand stoßen wird. Für morgen ist eine

Zusammenkunft zwischen Briand und Stresemann vorgeesehen, in der der holländische Antrag zur Begutachtung gelangen soll.

Nach den heute vom Völkerbundsbüro getroffenen Dispositionen soll die morgen beginnende Debatte über den holländischen Antrag bis Sonnabend zu Ende geführt werden. Von unterrichteter Seite wird hervorgehoben, daß die holländische Aktion in keinem Zusammenhang mit dem polnischen Vorschlag stehe, vielmehr war der holländische Resolutionsentwurf bereits in Haag vor der Völkerbundversammlung eingehend vorbereitet worden. Gegenüber der holländischen Initiative, die gegenwärtig alle anderen Verhandlungen überschattet, sind momentan die polnischen Vorschläge stark in den Hintergrund getreten.

Der Kampf des Deutschtums in Nordschleswig

Von H. Norden.

Vor kurzem hat Schleswig-Holstein die 700. Wiederkehr des Tages der berühmten Maria-Magdalenen-Schlacht von 1227 feiern können, jener Schlacht, die nicht nur für die schleswig-holsteinische sondern auch für die gesamte deutsche Geschichte von großer Bedeutung gewesen ist, und deren Andenken auch im großen deutschen Vaterlande eigentlich etwas mehr Beachtung verdient hätte, als sie gefunden hat. Jene Maria-Magdalenen-Schlacht nämlich, die auf der Heide von Bornhöved zwischen Dänen und den schleswig-holsteinischen Stämmen geschlagen wurde, entschied für immer über das Schicksal der Ostsee, sie war, wie der Kieler Geschichtsforscher Professor Scheel sagt, nicht nur eine deutsche, sie war eine germanische Schicksalschlacht. In jener Schlacht wurde der Dänenkönig Waldemar der Sieger, wie er von seinen Zeitgenossen genannt wurde, von dem holsteinischen Grafen Adolf IV. entscheidend geschlagen und Schleswig-Holstein vom dänischen Joch befreit. Hier zeigte sich zum ersten Mal in der deutschen Geschichte nach der Schlacht im Teutoburger Walde, was Deutschland vermag, wenn es einig ist, und darum hat man die Maria-Magdalenen-Schlacht, wie sie in der Geschichte genannt wird, so oft mit der Römerschlacht verglichen. Die Bedeutung war tatsächlich nicht minder groß. Wie in der Teutoburger Schlacht der Westen Germaniens vom Feinde befreit wurde, so wurde durch diese Schlacht der Weg nach dem Osten frei, und deutsche Siedler gaben dem von Slaven besetzten alten germanischen Gebiet wieder ein germanisches Gesicht.

Um Schleswig-Holsteins Freiheit ist im Laufe der Jahrhunderte noch oft gerungen worden, zuletzt 1864. Aber von dem, was damals für immer zurückgewonnen schien, ist 1920 wieder ein Stück verloren gegangen. Die Dänen nannten es „wieder vereinigt“, mit Dänemark nämlich. Diese sogen. „Wiedervereinigung“ ist damals ebenso ungerecht erfolgt wie die Abtrennung Eupen-Malmédys, Oberschlesiens, des Memellandes und anderer deutscher Gebietsteile; das ist des öfteren nachgewiesen und braucht nicht von neuem besonders betont zu werden. Überall im abgetretenen Gebiet kämpft das Deutschtum einen harten Kampf um sein Dasein, ganz besonders aber in Nordschleswig. Nicht daß, von Einzel-fällen, die natürlich auch vorkommen, abgesehen, das Deutschtum ersten Verfolgungen ausgesetzt wäre wie in Oberschlesien durch die Polen und im Memelland durch die Litauer allen Genfer Abmachungen zum Trotz, in Nordschleswig ist es neben dem Kulturkampf vor allem der Kampf um die wirtschaftliche Existenz, der die Dänen in gleichem Maße trifft wie die Deutschen. Das kleine Dänemark ist mit erheblichem Gewinn aus dem Weltkrieg hervorgegangen, ohne daß es auch nur einen Tropfen Blut hat hergeben müssen. Aber weder das sozialdemokratische Kabinett Stauning, das am 2. Dezember 1926 gestürzt wurde, noch das seitdem am Ruder befindliche Kabinett Madsen-Mygdal, das sich aus der Venstre (Wauernlinken) und den Konservativen zusammensetzt, haben es verstanden, diese Gewinne zu erhalten. Im Gegenteil, die Wirtschaftskrise, die bald nach Kriegsschlus auch Dänemark ergriff, hat sich besonders in letzter Zeit erheblich verschärft, und wenn man bei der Folkethingswahl 1926 behauptete, daß die Hälfte der einst schuldenfreien nordschleswigschen Bauernhöfe, die zum Teil 300 bis 400 Jahre lang im Besitz derselben Familie sind, vor dem Ruin ständen, so kann man jetzt sagen, daß die Zahl auf mindestens 80 Prozent angewachsen ist. Schuldenfreie Höfe aber gibt es in Nordschleswig überhaupt nicht mehr. Das hat die dänische Mißwirtschaft zustande gebracht, die das Land innerhalb von sieben Jahren mit 700 Millionen Kronen belastete. Allen denen, die sich 1920 „heimstimmten“, ist auf diese tragische Weise vor Augen geführt worden, was sie, in dem Glauben einen guten Tausch zu machen, leichtsinnig ausgegeben haben.

Diese erste Krise, in der sich Nordschleswig befindet, sollte auch Dänemark zu denken geben. Ist es nicht möglich gewesen, ein in geordneten Verhältnissen befindliches Nordschleswig, wie es von Deutschland übernommen wurde, zu er-